

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postcheckkonto: Dresden 33 327 Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Rorsdorf, Postelsdorf, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmiltz, Sebnitz, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tariflicher Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisstützung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 13

Bad Schandau, Donnerstag, den 16. Januar 1930

74. Jahrgang

Blutige Folgen kommunistischer Verheerung

Schwere Ausschreitungen in Hartmannsdorf bei Chemnitz

Eine tausendköpfige Menge greift ein Polizeiaufgebot an. — 4 Tote, 15 Schwerverletzte auf Seiten der Demonstranten. 11 Polizeibeamte verletzt.

Chemnitz. In Hartmannsdorf bei Chemnitz kam es am Mittwochmittag zwischen Erwerbslosen und streikenden Arbeitern einerseits und der Polizei andererseits zu schweren Zusammenstößen. Da die Polizei aus der Menge mit Steinen beworfen und auch sonst schwer bedrängt wurde, sah sie sich veranlaßt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. 4 Tote, 15 Schwere und 10 Leichtverletzte waren die Opfer dieses Zusammenstoßes. Es hatten sich etwa 1000 Demonstranten zusammengefunden. Man nimmt an, daß die flüchtenden Demonstranten eine Anzahl von Verletzten und sogar Tote mit sich genommen haben.

Es werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: In der Wirkwarenfabrik *Reccenia* wird seit einigen Wochen gestreikt, jedoch ist ein Teil der Belegschaft nicht am Streik beteiligt, sondern arbeitet weiter. In der letzten Zeit wurde daher von den streikenden Arbeitern wiederholt vor der Fabrik demonstriert, so daß zum Schutze der Fabrik und der Arbeitswilligen ein kleines Polizeiaufgebot dorthin verlegt wurde. Am Mittwochmittag in der 12. Stunde veranstalteten die streikenden Arbeiter, die durch andere Erwerbslose Verstärkung erhielten, vor der Fabrik wieder eine Kundgebung. Die Ursache der Demonstration war, daß am Vormittag vor dem Arbeitsgericht gegen 180 streikende Arbeiter der Fabrik *Reccenia* wegen Tarifbruchs eine Verhandlung stattfinden sollte, die aber verlagert wurde. Die AKB hatte aus diesem Anlaß in verheerender Weise aus der Umgebung Demonstranten nach Hartmannsdorf geschickt. Das Polizeiaufgebot, das nur aus 21 Mann bestanden haben soll, wurde von den Erwerbslosen beschimpft und mit Steinen beworfen und schließlich tödlich angegriffen. Die Demonstranten versuchten, in die Fabrik einzudringen, und da das Polizeiaufgebot gegenüber den etwa 1200 bis 1500 Kundgebern machtlos war, die Bedrohung der Polizisten aber immer ärger wurde, machte dieses nach langem Zögern schließlich von der Schußwaffe Gebrauch. Bei der Schießerei wurden eine unbeteiligte Person auf der Stelle getötet, 3 Personen erlitten ihre Verletzungen, und etwa 15 Kundgeber wurden schwer und eine große Anzahl leichter verletzt. Die Ruhestörer ergriffen darauf die Flucht und sollen einen Teil der Leichtverletzten mit sich genommen haben. Nach dem Eintreffen von Polizeiverstärkung aus Chemnitz herrscht jetzt wieder Ruhe.

Von den schwer angegriffenen Polizeibeamten wurden 11 durch Steinwürfe oder Schläge mit Latzen verletzt. Die Todesopfer sind der 26jährige Schieferdecker *Thomas* aus Köhrsdorf und der 22jährige Metallarbeiter *Friedrich Richard Gröger*, der in Limbach wohnhaft war und aus Dresden stammte. Die Personalien der beiden anderen Toten konnten bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden.

Im Anschluß an die Hartmannsdorfer Unruhen veranstalteten die Kommunisten in Chemnitz am Mittwochabend auf dem Theaterplatz eine Protestkundgebung, bei der die Schuld an den bedauerlichen Hartmannsdorfer Vorgängen selbstverständlich der Polizei in die Schuhe geschoben wurde, die die friedlichen Arbeiter provoziert haben sollte. Es waren jedoch nur einige hundert meist jugendliche Demonstranten erschienen, deren Gemüter der sehr bald einsetzende Regen wesentlich abkühlte, so daß es zu ernstlichen Zusammenstößen nicht gekommen ist.

Wieder Ruhe in Worms.

Worms. Nach den aufregenden Vorgängen in den Abend- und Nachtstunden des Dienstag ist die Ruhe im Stadtbinnen wieder hergestellt. Starke Polizeistreifen durchziehen die belebtesten Straßen der Stadt und machen jede Zusammenrottung unmöglich. Der Verkehr auf den Straßen wickelt sich in gewohnter Weise ab. Verschiedentlich war die Polizei in den Vormittags- und Nachmittagsstunden des Mittwoch gezwungen, Personen, die den behördlichen An-

ordnungen nicht Folge leisteten, festzunehmen. Die Zwangsgestellten wurden jedoch nach kurzem Verhör wieder auf freien Fuß gesetzt. Immerhin befindet sich sowohl die im Laufe der Nacht angeforderte Darmstädter Polizeimannschaft wie auch die Wormser Polizei in Bereitschaft. Die Verletzten, die die Kämpfe in der Nacht gefordert haben, befinden sich wohl.

Kommunistische Kundgebungsversuche trotz Verbotes in Berlin.

Berlin. Trotz des vom Berliner Polizeipräsidenten für Mittwoch erlassenen Verbotes versuchten die Kommunisten doch in verschiedenen Stadtteilen die Bildung von Anzügen. Der Polizei, die in höchster Alarmbereitschaft stand, gelang es jedoch überall verhältnismäßig leicht, die Kundgeber, in der Hauptsache jüngere Leute, zu zerstreuen. Insgesamt sind in Großberlin am Mittwoch rund 30 Personen, darunter zwei kommunistische Abgeordnete, wegen Nichtbeachtung polizeilicher Anordnungen usw. zwangsgestellt worden.

Das Unrecht des Versailler Diktats bleibt

Für Deutschland ungünstige Regelung der Sanktionsfrage

In der Nachmittagsitzung der sechs Mächte ist die vorerzählte Formel zur Regelung der Sanktionsfrage unverändert angenommen worden. In der gleichen Sitzung ist das Einverständnis der Gegenseite zu den von deutscher Seite getroffenen Vorbereitungen zur Schaffung gesetzlicher Maßnahmen erteilt worden, die eine Beteiligung der Reichsbank an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sicherstellen.

Weiter ist eine Vereinbarung darüber zustande gekommen, daß die international gebundenen Bestimmungen des künftigen Reichsbankgesetzes entsprechend den deutschen Wünschen auf einem weniger langwierigen und komplizierten Wege geändert werden können.

Die gesetzlichen Maßnahmen.

Bei der Beratung der geplanten gesetzlichen Maßnahmen entstand die Frage, ob eine bloße Verpflichtung der Reichsbank genüge oder ob nicht vielmehr im Hinblick auf die besonderen Funktionen, die der Young-Plan dem Notenbankpräsidenten selbst auferlegt, auch die persönliche Verpflichtung zur Mitwirkung für den Reichsbankpräsidenten ausgesprochen werden muß. Eine Besprechung mit Dr. Schacht ergab dessen Zustimmung zu einer Festslegung, die formell auch den zweiten Fall deckt. Auf den Zwischenfall wurde nicht mehr zurückgekommen. Für die Durchführung der geplanten Absicht gab es zwei Wege, die Bindung in Form eines Zusatzes zu dem Entwurf des künftigen Reichsbankgesetzes oder die Aufnahme einer einfachen Bestimmung in das Schlussprotokoll der Haager Konferenz. Man hat es vorgezogen, den ersteren Weg vorzuschlagen. Damit sind die Vertreter der Gegenseite grundsätzlich einverstanden.

„Die Reichsbank wird sich fügen.“

Reichsbankpräsident Dr. Schacht gewährte dem im Haag befindlichen redaktionellen Vertreter eines größeren rheinisch-westfälischen Blattes eine Unterredung, in der erörtert wurde, ob man von einem Umsfall Schachts und einer Veränderung seiner Prinzipien sprechen dürfe. Schacht gab dabei folgende Erklärung ab:

„Ich kann nicht verhindern, daß über mich Falschmeldungen verbreitet werden und daß ich angegriffen werde. Mein Standpunkt ist entgegen den Meldungen durchaus klar und von einem Umsfall kann gar keine Rede sein. Ich erkläre nochmals, daß die Reichsbank sich einem neuen Gesetz selbstverständlich zu fügen hätte und fügen müßte. Dagegen wird der Reichsbankpräsident als

Ostoberschlesische Minderheitsbeschwerden.

Der Völkerbundrat in Genf.

Für Mittwochabend erwartete man als wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung die Behandlung der ostschlesischen Minderheitsbeschwerden. Der Vormittag ging mit weniger bedeutenden Angelegenheiten herum. Am 17. November soll in Genf die Konferenz für das Binnenrecht zusammentreten. In einer vertraulichen Sitzung wurde die Ernennung der elf Mitglieder des Juristischen Komitees für die Angleichung des Völkerbundespaktes an den Kellogg-Pakt vorgenommen. Deutschland ist in dem Komitee vertreten durch den Ministerialdirektoren von *Blow*. In dem Ausschuss zur Beratung des Antrages *Finlands*, dem Internationalen Gerichtshof im Haag den Charakter einer Revisionsinstanz zu geben, wird Deutschland auch vertreten sein, und zwar durch Ministerialdirektor *Gauß*.

Zur endgültigen Regelung des Streites in *Jerusalem* um die *Magdamer* hat der Völkerbundrat die Einsetzung eines aus drei Mitgliedern bestehenden Ausschusses beschlossen. Der englische Vertreter *Herbertson* erklärte, zur Überwindung der Widerstände solle festgesetzt werden, daß die Ausschussmitglieder nicht britischer Staatsangehörigkeit sein dürfen, von England zwar ernannt, aber durch den Rat bestätigt werden müssen.

Abbau der Zollmauern.

Die litauische und die japanische Regierung haben mitgeteilt, daß sie sich auf der Zollkonferenz vom 17. Februar vertreten lassen werden, so daß im ganzen jetzt etwa 30 Staaten an dieser Konferenz teilnehmen werden. Alle Staaten Europas sind vertreten. Die Zusammenkunft wird tatsächlich gewissermaßen eine erste allgemeine europäische Wirtschaftskonferenz darstellen.

solcher persönlich aus sich heraus zu entscheiden haben, ob er sich diesem Gesetze fügen kann oder nicht, oder ob er sich nicht fügen will. Ich habe durchaus keine politischen Ambitionen, und wenn mir *Cäsarenwahn* einmischte, würde ich mich nicht fügen. Mein Standpunkt hat sich auf jeden Fall nicht geändert.“

Mittlerweile soll über das Moratorium eine Verständigung im dem Sinne erzielt sein, daß Deutschland nach dem Ablauf eines zweijährigen Moratoriums die rückständigen Zahlungen innerhalb des dritten Jahres zu leisten hat. Solange das nicht geschehen ist, könne ein neues Moratorium nicht gewährt werden.

Die schwierige Bereinigung der Reparationen.

Ungarn beharrt auf seinem Recht. — Einigung mit Bulgarien bevorstehend.

Die Verhandlungen zwischen den Mächten der Kleinen Entente und Ungarn in der Reparationsfrage haben zu keiner Einigung geführt. Eine Annäherung ist lediglich hinsichtlich der Regelung gewisser Agrarforderungen erzielt worden. Zurzeit sind Besprechungen im Gange, in welcher Weise bei dem für Sonnabend erwarteten Abschluß der Konferenz ein offener Abbruch der Verhandlungen in der ungarischen Reparationsfrage vermieden werden kann.

In der bulgarischen Reparationsfrage fand eine Unterredung zwischen dem rumänischen Außenminister *Mironescu* und dem bulgarischen Außenminister *Muraw* über das beschlagnahmte bulgarische Eigentum in Rumänien statt. Dieser Streitpunkt ist die einzige noch offene Frage, welche einer Regelung mit Bulgarien im Wege steht.

Wie von österreichischer Seite verlautet, sind die zwischen Österreich und Italien über den Abschluß eines *Kellogg-Paktes* über die gegenseitige Schuldenliquidation geführten Unterhandlungen soweit gefördert worden, daß man mit ihrer Unterzeichnung noch im Haag rechnen könne. Einen ähnlichen Fortgang haben auch die Besprechungen aufzuweisen, die die österreichische Delegation mit der belgischen Delegation über die Liquidation des österreichischen Privatigentums in Belgien sowie mit der polnischen Delegation über die in Polen fortbestehenden früheren österreichischen Versicherungsgesellschaften gehabt hat. In einer für Donnerstag in Aussicht genommenen Plenarsitzung des Komitees für Reparationen sollen die Ergebnisse der erwähnten Verhandlungen erörtert werden.